



# IAW-Kurzbericht

## 2/2003

Betriebliche Ausbildung in  
Baden-Württemberg:  
“Ausbildungslücke” nimmt  
deutlich zu

Günther Klee

Juli 2003

INSTITUT FÜR  
ANGEWANDTE  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
Ob dem Himmelreich 1  
72074 Tübingen

T: (0 70 71) 98 96-0  
F: (0 70 71) 98 86-99  
E-Mail: [iaw@iaw.edu](mailto:iaw@iaw.edu)  
Internet: [www.iaw.edu](http://www.iaw.edu)

# Betriebliche Ausbildung in Baden-Württemberg: „Ausbildungslücke“ nimmt deutlich zu

Günther Klee<sup>1</sup>

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen

Im Zuge des letzten konjunkturellen Aufschwungs an der Wende zum 21. Jahrhundert hatte sich – mit einer gewissen Verzögerung – auch die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland vorübergehend verbessert. Bei deutlich geringeren Bewerber- und leicht höheren Stellenmeldungen stellte sich im Jahr 2001 das Verhältnis von Bewerbern und Ausbildungsplätzen rein rechnerisch noch ausgewogen dar. In Baden-Württemberg wurden sogar erstmals seit 1995 wieder deutlich mehr Ausbildungsplätze als Bewerber auf dem Ausbildungsmarkt registriert.<sup>2</sup> Damit erreichte dieser positive Trend allerdings seinen vorläufigen Höhepunkt.

Für das Jahr 2002 vermeldete das Statistische Landesamt erst jüngst, dass in Baden-Württemberg mit 72.800 ca. 4.500 Lehrverträge weniger als im Vorjahr abgeschlossen worden sind. Dies entspricht einem Rückgang von knapp 6%. Deutschlandweit wurden 2002 rd. 568.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, was einer Abnahme von knapp 7% gegenüber 2001 entspricht. Im Südwesten war der Rückgang besonders stark im Bereich „Handel und Industrie“ (minus 9%), während die Abnahme im Handwerk deutlich geringer ausfiel (minus 3%). Regional war die Entwicklung ebenfalls durchaus unterschiedlich: Während im Bereich „Handel und Industrie“ in den IHK-Bezirken Heilbronn und Pforzheim jeweils rd. 11% weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden, waren es im IHK Bezirk Weingarten „nur“ minus 3%. Auch im Handwerk war die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (21.836) in allen Handwerkskammerbezirken rückläufig – mit einer Ausnahme: Im Bezirk Stuttgart nahm sie um 8% zu. Damit konnte die dort mit 12% höchste Abnahme an neuen Ausbildungsverträgen im Bereich „Handel und Industrie“ offenbar ein Stückweit durch das Handwerk kompensiert werden.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Günther Klee M.A., Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) Tübingen, Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen, Email: [guenther.klee@iaw.edu](mailto:guenther.klee@iaw.edu). Der Verfasser dankt Wolfgang Hess für die Unterstützung bei den Auswertungen des IAB-Betriebspanels sowie Dr. Harald Strotmann für wertvolle Hinweise.

<sup>2</sup> Nach Angaben des Landesarbeitsamtes standen 100 Bewerbern im Durchschnitt 105,4 Lehrstellen gegenüber – im Durchschnitt der alten Bundesländer betrug die Angebots-Nachfrage-Relation nur 102,4% und im Bundesdurchschnitt insgesamt gar nur 100,6%.

<sup>3</sup> Diese Angaben beruhen auf den ersten vorläufigen Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik 2002. Vgl. für Baden-Württemberg die Stuttgarter Zeitung vom 3.4.2003 („Immer weniger Auszubildenden im Land“) und den Staatsanzeiger für Baden-Württemberg („Weniger Ausbildungsverträge“) vom 7.4.2003; für Deutschland die Süddeutsche Zeitung vom 3.4.2003 („Dramatische Lage auf dem Ausbildungsmarkt“).

Für das laufende Jahr 2003 zeichnete sich wegen der anhaltenden konjunkturellen Schwäche im Südwesten wie in ganz Deutschland zunächst ein dramatischer Mangel an Ausbildungsplätzen ab: Im Frühjahr wurde noch eine Lücke von deutschlandweit über 100.000 Lehrstellen prognostiziert, sogar eine „Ausbildungskatastrophe“ auf dem Lehrstellenmarkt befürchtet.<sup>4</sup> Gegenwärtig rechnet die Bundesanstalt für Arbeit damit, dass im Herbst 2003 etwa 70.000 jugendliche Interessenten keinen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben werden.<sup>5</sup> Dem gegenüber geht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) aufgrund seiner diesjährigen Frühjahrsumfrage und gestützt auf die Erfahrungswerte der vergangenen Jahre davon aus, dass die Ausbildungsstellenlücke im Herbst nur noch 20.000 bis 30.000 betragen werde und bis zum Jahresende nahezu geschlossen werden könne.<sup>6</sup> Vor diesem Hintergrund verwundert es – trotz des optimistischen IW-Szenarios – nicht, dass sämtliche einschlägigen Akteure auf dem Lehrstellenmarkt akuten Handlungsbedarf sehen und Reformvorschläge zur Verstärkung der betrieblichen Ausbildungstätigkeit in den letzten Monaten Hochkonjunktur haben.<sup>7</sup> Ist auch deren Spektrum breit gefächert, so geht es im Kern vor allem um die Frage, durch welche Maßnahmen sich die wachsende Kluft zwischen Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung der Betriebe am schnellsten und am nachhaltigsten schließen lässt. Die nachfolgende Auswertung des IAB-Betriebspanels für Baden-Württemberg 2002 (vgl. dazu den Anhang) versucht auch hierauf einige Antworten geben.

## **1 Ausbildungsberechtigung und Ausbildungsbeteiligung: Die Kluft wächst**

### **1.1 „Ausbildungslücke“ in Baden-Württemberg**

Von den (hochgerechnet) rd. 276 Tsd. im IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2002 vertretenen Betrieben und Dienststellen hatten 60% (Westdeutschland: 58%) eine Ausbildungsberechtigung, d.h. sie erfüllten die bestehenden gesetzlichen Voraussetzungen zur Berufsausbildung (sei es nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung oder nach anderen Ausbildungsregelungen). Demgegenüber waren 40% (2001: 47%) der Betriebe in Baden-Württemberg nicht ausbildungsberechtigt (Westdeutschland: 42%).<sup>8</sup> Da aber nur etwa zwei von fünf der ausbildungsberechtigten Betriebe zum Stichtag 30.06.2002

<sup>4</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15.3.2003 („Betriebe mit Bindungsangst“), Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.4.2003 („Die Regierung plant eine Initiative für Ausbildungsplätze“) und Handelsblatt vom 3.4.2003 („Regierung will Ausbilder-Prüfung abschaffen“).

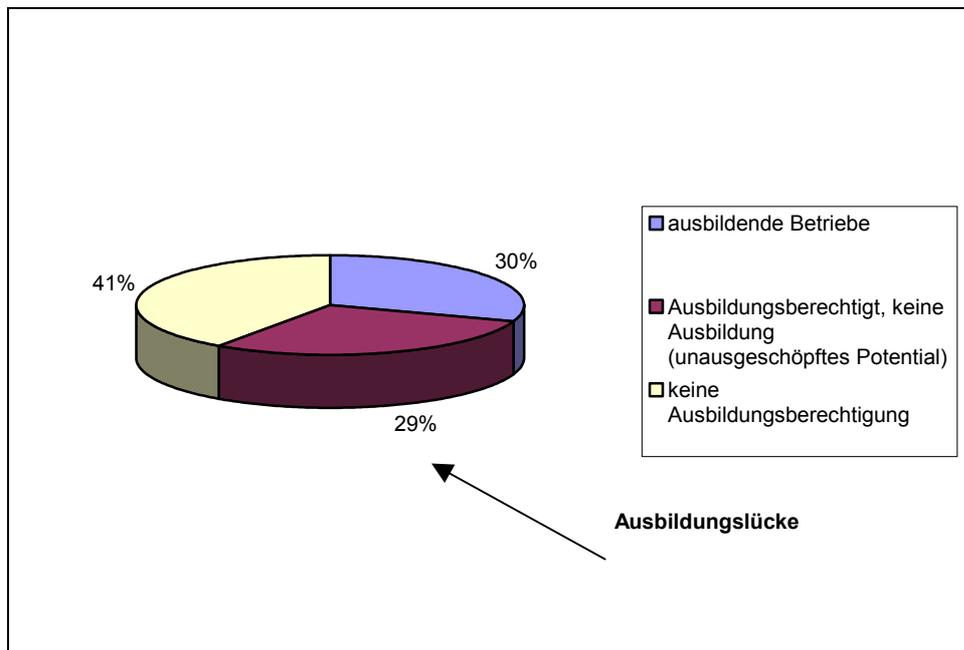
<sup>5</sup> Vgl. Handelsblatt vom 13.6.2003 („Arbeitgeber fordern Geld vom Bund für mehr Lehrstellen“).

<sup>6</sup> „Der Verlauf in diesem Jahr liegt ... in etwa auf dem Niveau der Jahre 1997 und 1998, in denen Ende September noch 22.000 bzw. 12.000 Lehrstellen fehlten. ... In den vergangenen vier Jahren konnten jeweils rund die Hälfte der im September noch unvermittelten Jugendlichen bis Ende Dezember vermittelt werden.“ Vgl. Klös, H.P. (2003)

<sup>7</sup> Vgl. Fußnote 4 sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.4.2003 („Kapital für Arbeit“) und Handelsblatt vom 2.4.2003 („Mangel an Arbeitsplätzen – Wir bilden falsch aus!“).

auch tatsächlich ausbildeten (sei es alleine oder im Verbund), lag der Anteil ausbildender Betriebe letztlich bei „nur“ 30% aller Betriebe und Dienststellen (2001: 31%).<sup>9</sup> Nahezu gleichgroß war die Gruppe der ausbildungsberechtigten, aber nicht ausbildenden Betriebe: Sie stellte auch in 2002 mit 29% ein beachtliches Potenzial für ein höheres Ausbildungsplatzangebot dar. Zudem muss vermerkt werden, dass diese „Ausbildungslücke“ im Vergleich zum Vorjahr (2001: 22%) stark zugenommen hat und damit dem Stand des Jahres 2000 entspricht. M. a. W.: Ein deutlich größerer Teil der Betriebe als im Vorjahr machte in 2002 von seinem Ausbildungsrecht keinen Gebrauch!

**Abbildung 1: Unausgeschöpftes Ausbildungspotenzial in Baden-Württemberg (30.06.2002), Anteile der Betriebe**



Quelle: IAB-Betriebspanel, Welle 2002, Berechnungen des IAW.

## 1.2 Ausbildungslücke nach Betriebsgröße und Branchenzugehörigkeit

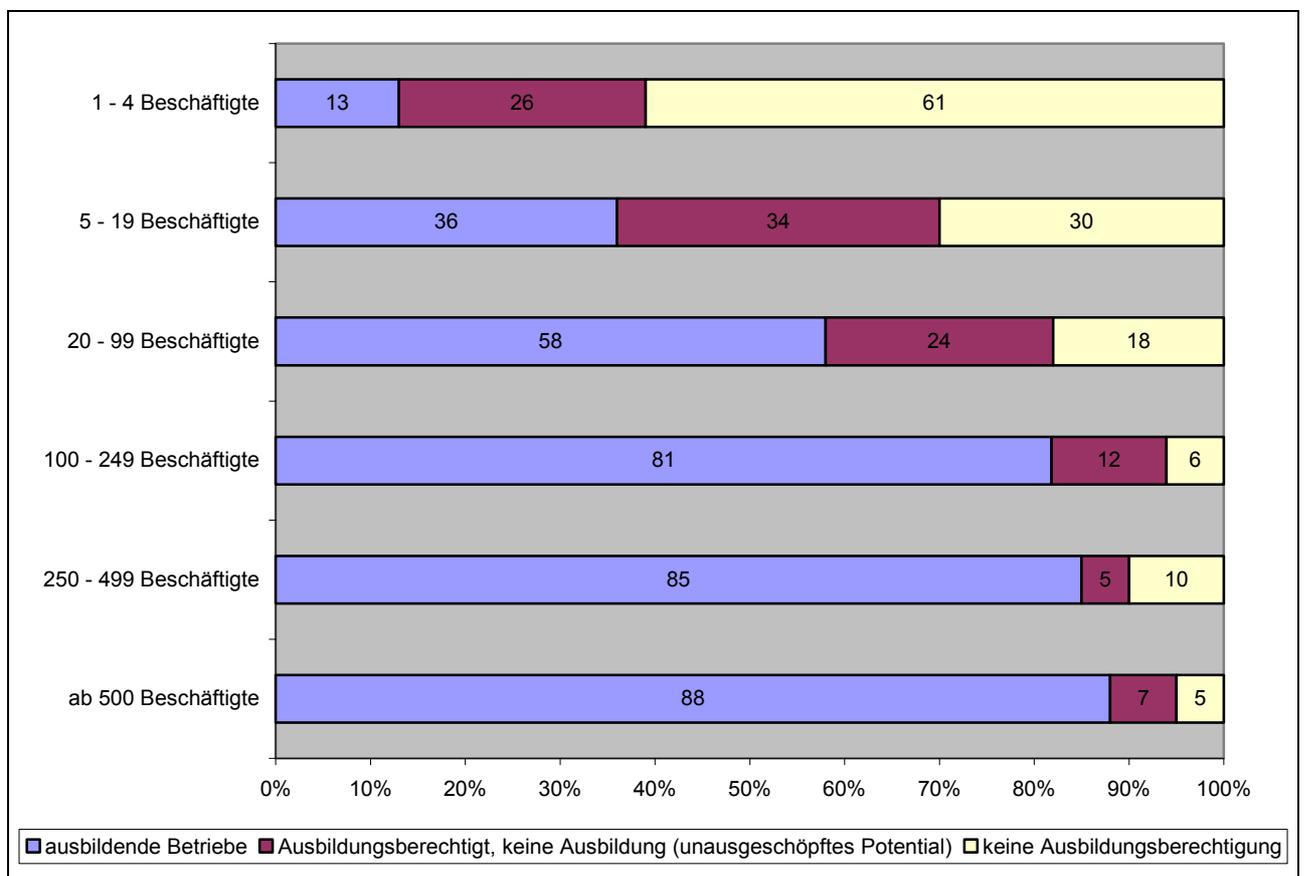
Bei der Betrachtung der Ausbildungsbeteiligung nach Größenklassen der Betriebe wird ersichtlich, dass das *unausgeschöpfte Berufsausbildungspotenzial* in den Größenklassen bis 99 Beschäftigte wie schon in den beiden Vorjahren deutlich höher lag als in den Größenklassen ab 100 Beschäftigte. Dabei hat sich gegenüber dem Vorjahr (2001) in allen Betriebsgrößenklassen die „Ausbildungslücke“ erhöht, am stärksten (um +6 bis +7 Prozentpunkte) in den drei mittleren Größenklassen zwischen 5 bis 249. Dies kommt einer Trendwende gleich.

<sup>8</sup> Der Anteil der im Verbund ausbildungsberechtigten Betriebe lag wie schon im Vorjahr jeweils bei nur 3%.

<sup>9</sup> Methodischer Hinweis: Ob es sich bei dem befragten Betrieb um einen Ausbildungsbetrieb handelt oder nicht, wird ex post in der Auswertung anhand der Angaben zu mehreren Fragen ermittelt. Da wir für Westdeutschland über keinen Mikrodatensatz verfügen und in dem Tabellenband von Infratest die "Ausbildungsbetriebe" nur in ausgewählten Untergruppen dargestellt werden, kann deshalb für diese Variable der Land/Bund-Vergleich leider nicht erfolgen.

Dementsprechend war in vier der sechs Größenklassen in Baden-Württemberg – bis auf die Kleinstbetriebe sowie die Betriebe mit 250 bis 499 Beschäftigten – eine Abnahme des Anteils jener Betriebe festzustellen, die ausbildend tätig waren. Die jeweiligen Anteilswerte lagen mit steigender Betriebsgröße zwischen 13% und 88%, während sie 2001 noch 12% bis 93% betragen hatten. Insbesondere der Anteil ausbildender kleiner Mittelbetriebe (20 bis 99 Beschäftigte) und ausbildender Großbetriebe (mehr als 500 Beschäftigt) ging gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass vor allem die kleinen Betriebe (bis 19 Beschäftigte) aufgrund ihres geringen Bedarfs oft nur im mehrjährigen Abstand ausbilden.<sup>10</sup>

**Abbildung 2: Unausgeschöpftes Ausbildungspotenzial in Baden-Württemberg nach Betriebsgrößenklassen (30.06.2002)**



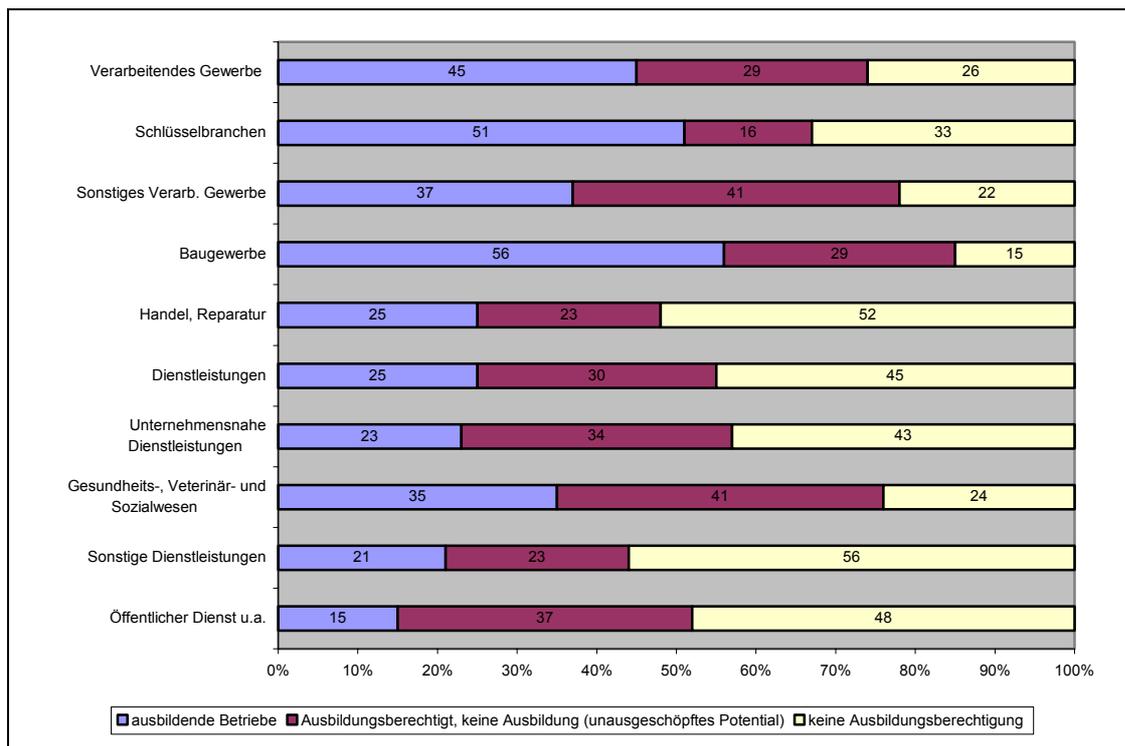
Quelle: IAB-Betriebspanel, Welle 2002, Berechnungen des IAW.

Die nachfolgende Betrachtung nach Branchen zeigt, dass aufgrund einer Steigerung um 9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr, das Baugewerbe mit 56% den höchsten Anteil ausbildender Betriebe in Baden-Württemberg aufwies. Aufgrund einer Anteilsverringerung um sechs Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr nahmen die Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes (mit 57% Spitzenreiter in 2001) mit rd. 51% diesmal den zweiten Rang

<sup>10</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch Bellmann / Lahner (1999) sowie Bellmann / Neubäumer (1999)

ein (2000: 41%), gefolgt vom Verarbeitende Gewerbe insgesamt mit 45% (im Vorjahr 48%), während im Sonstigen Verarbeitenden Gewerbe nur 37% der Betriebe auch ausbildeten (im Vorjahr 43%). Im Dienstleistungsbereich und im Handel blieb der Anteil ausbildender Betriebe 2002 mit jeweils 25% unverändert (im Vorjahr 25% bzw. 26%). Innerhalb des Dienstleistungsbereichs dominierte trotz eines deutlichen Rückgangs wie schon im Vorjahr das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit 35% (2001: 44%). Dagegen wies nach einem kurzen Hoch von 27% im Vorjahr der Öffentliche Dienst u. a. mit 15% wie schon im Jahr 2000 (14%) den geringsten Anteil ausbildender Betriebe auf. Betrachtet man den Teilbereich „Öffentliche Verwaltung“ nur für sich, so stellt man auch hier einen beträchtlichen Rückgang des Anteils ausbildender Betriebe – allerdings auf einem deutlich höheren Niveau – von 45% auf 35% fest. Die Ausbildungsbeteiligung im Bereich der Sonstigen mit unverändert 21% (2000: 34%) sowie der Unternehmensnahen Dienstleistungen mit 23% (2001: 18%; 2000: 25%) entwickelte sich dagegen gegenüber dem Vorjahr sogar teilweise positiv – allerdings auf recht niedrigem Niveau.

**Abbildung 3: Unausgeschöpftes Ausbildungspotenzial baden-württembergischer Betriebe nach Branchenzugehörigkeit (30.06.2002)**



Quelle: IAB-Betriebspanel, Welle 2002, Berechnungen des IAW.

Überdurchschnittlich hoch (d.h. über 29%; Vorjahr: über 22%) war die „Ausbildungslücke“, d.h. das unausgeschöpfte Ausbildungsplatzpotenzial, im Sonstigen Verarbeitenden Gewerbe mit 41% (2001: 35%), im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit 41% (2001: 32%), im Öffentlichen Dienst u. a. mit 37% (2001: 16%; Öffentliche Verwaltung in 2002: 36%) und in

den Unternehmensnahen Dienstleistungen mit 34% (2001: 27%), Im Baugewerbe (2001: 30%), und im Verarbeitenden Gewerbe (2001: 31%).entsprach sie mit 29% exakt dem Durchschnitt.

Hier zeigt sich über viele Branchen hinweg, dass sich 2002 das in den Jahren zuvor schon erhebliche unausgeschöpfte Ausbildungspotenzial („Ausbildungslücke“) weiter vergrößert hat. Für eine Verkleinerung dieser Lücke bzw. bessere Ausschöpfung des Potenzials reichen die immer noch nur marginal genutzten Verbundlösungen (rd. 3%) bei Weitem nicht aus.<sup>11</sup>

### **1.3 Unterschiede zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben mit Ausbildungsberechtigung**

Einer der zentralen Vorteile des IAB-Betriebspanels besteht in der einzigartigen Möglichkeit, verschiedene thematische Komplexe im Zusammenhang zu analysieren. In diesem Kontext zeigt sich, dass sich ausbildende Betriebe nicht nur sehr stark hinsichtlich des Geschäftsvolumens,<sup>12</sup> sondern auch im Blick auf das Investitionsverhalten (in 2002) von jenen unterscheiden, die trotz Berechtigung im Jahr 2002 nicht ausgebildet haben: Bei durchschnittlich 54,6% der ausbildenden Firmen waren Investitionen für 2002 vorgesehen; hingegen lag der Anteil der investierenden nicht ausbildenden Betriebe bei 45,5% – immerhin ein Unterschied von gut 9 Prozentpunkten. Auch hinsichtlich der Beschäftigtenstruktur sind Unterschiede festzustellen: In den ausbildenden Betrieben lag der Anteil von Facharbeiter/inne/n tendenziell etwas höher, der von an- oder ungelernten Arbeiter/inne/n dagegen etwas niedriger als in den Betrieben, die trotz Berechtigung nicht ausbildeten. Mit Blick auf Ertragslage (des abgelaufenen Geschäftsjahres) und erwarteter Entwicklung des Geschäftsvolumens (im kommenden Jahr) unterscheiden sich die beiden Gruppen dagegen kaum.

---

<sup>11</sup> Die Bereitschaft, sich an Verbundlösungen zu beteiligen wurde in der vorigen Welle 2001 näher untersucht. Die ausbildungsberechtigten Betriebe ohne Auszubildende zum Zeitpunkt der Erhebung (Anteil im Land: 22%) wurden gefragt, ob sie sich an einer Verbundausbildung mit einem Bildungsträger oder mit anderen Betrieben beteiligen würden. Insgesamt 13% dieser Betriebe stimmten dieser Option grundsätzlich zu, überdurchschnittlich viele im Öffentlichen Dienst u. a. (21%), in den Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes (16%) sowie bei den Unternehmensnahen Dienstleistungen (16%). Bevorzugt wurde dabei im Öffentlichen Dienst u. a., im Baugewerbe und im Dienstleistungsbereich ein Ausbildungsverbund mit einem Bildungsträger, während im Verarbeitenden Gewerbe (insbesondere im Sonstigen) stärker ein Verbund mit anderen Betrieben favorisiert wurde. Das Handwerk und die Schlüsselbranchen sprachen sich in etwa hälftig für beide Lösungswege aus.

<sup>12</sup> Das durchschnittliche Geschäftsvolumen ausbildender Betriebe betrug im Jahr 24.4 Mill. €, das der anderen lag bei nur 2,9 Mill. €. Dieser Befund unterstreicht indes nur die Ergebnisse der vorherigen Betrachtung nach Beschäftigtengroßenklassen.

## 2 Gründe für fehlende Ausbildungstätigkeit

Die Frage nach den Gründen für fehlende Ausbildungstätigkeit wurde im Jahr 2002 im Rahmen des IAB-Betriebspanels nicht gestellt. Blickt man indes auf die Welle 2000 zurück, so sei daran erinnert, dass es kein dominierendes Argument bei der Begründung der fehlenden Ausbildungstätigkeit durch die befragten Betriebe gab. Die drei häufigsten Gründe in Baden-Württemberg, weshalb trotz vorhandener Ausbildungsberechtigung nicht ausgebildet wurde, lauteten:

- (1) Die Kosten für eine eigene betriebliche Berufsausbildung sind zu hoch (25%). Dieses Argument wurde insbesondere von kleineren Betrieben angeführt.
- (2) Es ist keine Übernahmemöglichkeit nach der Ausbildung vorhanden (20%).
- (3) Auszubildende verbringen zu viel Zeit in der Berufsschule (20%).

Dies sind die Gründe, die auch in Westdeutschland am häufigsten angegeben wurden, wobei die beiden ersten dort noch häufiger als im Südwesten genannt worden sind. Der Mangel an geeigneten Bewerbern spielte dagegen sowohl in Baden-Württemberg als auch in Westdeutschland mit 11% bzw. 10% nur eine untergeordnete Rolle – mit Ausnahme des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes: In diesen Branchen wurde der Mangel geeigneter Bewerber immerhin von jedem fünften Betrieb als Grund angeführt.

Das Argument schließlich, dass im Rahmen einer eigenen Ausbildung nicht alle im Berufsbild erforderlichen Fähigkeiten vermittelt werden könnten, spielte für Kleinbetriebe keine wesentliche Rolle (ca. 10%), es wurde jedoch von 40% der mittleren Betriebe (100 bis 499 Beschäftigte) angeführt.

Der aktuellen und nur für das Bundesgebiet repräsentativen IW-Frühjahrsbefragung bei 900 Unternehmen nach liegen die Gründe für ein Nachlassen der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in Deutschland gegenwärtig vor allem an der lahmen Konjunktur sowie am Fehlen einer Wachstum fördernden Wirtschaftspolitik. Als allgemeine strukturelle Ursachen kommen hinzu: die zu hohen Kosten des Faktors Arbeit sowie die ungünstigen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt. Als spezifische strukturelle Faktoren, die speziell den Bereich betrieblicher Ausbildung betreffen, werden von allen Betrieben – allerdings mit bereits deutlichem Abstand – genannt:

- die mangelnde Qualifikation der Schulabgänger,<sup>13</sup>
- der abnehmende Personalbedarf der Wirtschaft<sup>14</sup> sowie

---

<sup>13</sup> 35,3% aller Betriebe sehen darin die Gründe für ein rückläufiges Ausbildungsstellenangebot, weitere 46,4% zumindest teilweise. Vgl. Klös, H.P. (2003).

- die hohen Kosten der Ausbildung selbst.<sup>15</sup>

Zu den wichtigsten Kriterien für die Höhe des Ausbildungsangebots zählen für die ausbildenden Betriebe die Qualifikation der Bewerber und die aktuelle Geschäftssituation;<sup>16</sup> mit leichtem Abstand folgen der künftige Fachkräftebedarf, die Qualität des Berufsschulunterrichts, die Ausbildungskapazitäten im Betrieb sowie die Anwesenheitszeiten der Lehrlinge im Betrieb.<sup>17</sup> Die Kosten der Ausbildung selbst (sonstige Ausbildungskosten und Höhe der Ausbildungsvergütungen) werden hingegen erst mit etwas Abstand genannt.<sup>18</sup>

### **3 Lösungsansätze zur besseren Ausschöpfung des betrieblichen Ausbildungspotenzials**

Vor diesem Hintergrund erscheint in der gegenwärtigen Ausbildungsreformdebatte u. E. eine mehrgleisige Vorgehensweise sinnvoll: Höchste Priorität gilt es jenen Maßnahmen einzuräumen, die im Rahmen einer Wachstum fördernden Wirtschaftspolitik (Steuer- und Abgabentlastung, Entbürokratisierung) auf eine rasche und nachhaltige Belebung der Konjunktur abzielen. Zur kurzfristig notwendigen Aufhellung des Wirtschaftsklimas können darüber hinaus auch glaubwürdige und verlässliche Schritte zur Reform der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen einen substantiellen Beitrag leisten. Damit sind aber nicht politisch wohlfeile Notmaßnahmen gemeint, wie die Aufteilung von Ausbildungsplätzen und -vergütungen unter zwei Bewerbern oder die Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe bei nicht ausbildenden Unternehmen. Vielmehr sollten finanzielle Anreize (z. B. über Steuer-nachlässe oder Kreditsubventionen) jenen Betrieben gewährt werden, die über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden. Außerdem sollten tarifvertragliche Übernahmeverpflichtungen gelockert werden, um Ausbildung über den eigenen Bedarf weiter anzuregen, anstatt zu bestrafen. Mittel- und langfristig gilt es jedoch eine Verringerung der Kosten für die Ausbildung (insbesondere bei kleineren Betrieben) über eine Strategie der (möglichst effizienten und damit auch weit gehend kostenneutralen) Qualitätsverbesserung anzustreben. In diesem Kontext erscheint insbesondere eine laufende und vor allem zeitnahe Optimierung (Flexi-

---

<sup>14</sup> 34,7% aller Betriebe sehen darin die Gründe für ein rückläufiges Ausbildungsstellenangebot, weitere 40,4% zumindest teilweise. Vgl. Klös, H.P. (2003).

<sup>15</sup> 30,3% sehen darin die Gründe für ein rückläufiges Ausbildungsstellenangebot, weitere 43,1% zumindest teilweise. Vgl. Klös, H.P. (2003).

<sup>16</sup> 60,6% bzw. 56,9% der ausbildenden Betriebe sehen darin einen wichtigen, weitere 31,5% bzw. 34,4% einen eher wichtigen Grund für die Höhe des Ausbildungsstellenangebots. Vgl. Klös, H.P. (2003).

<sup>17</sup> 43,6%, 44,1%, 45,0% bzw. 33,0% der ausbildenden Betriebe sehen darin einen wichtigen, weitere 42,4%, 41,1%, 39,4% bzw. 48,5% einen eher wichtigen Grund für die Höhe des Ausbildungsstellenangebots. Vgl. Klös, H.P. (2003).

<sup>18</sup> 19,8% bzw. 16,5% der ausbildenden Betriebe sehen darin einen wichtigen, weitere 40,9% bzw. 38,3% einen eher wichtigen Grund für die Höhe des Ausbildungsstellenangebots. Vgl. Klös, H.P. (2003).

bilisierung) des tradierten Systems der dualen Ausbildung unvermeidlich. Als Ansatzpunkte sind hierbei zu nennen:

- Praxisnaher Unterricht durch eine flächendeckende Stärkung der Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben;
- Gewährleistung einer zeitnahen Anpassung der Berufsbilder an den technisch-qualifikatorischen Wandel durch ständigen Austausch zwischen Theorie und Praxis;
- Erweiterung des Angebots an Teil- bzw. Stufenqualifikationen insbesondere für benachteiligte/lernschwächere Jugendliche;
- Optimierung des Verhältnisses zwischen Zeit in der Schule und Zeit im Betrieb;
- Verbesserung der schulischen Grundbildung (insbesondere deutsch- und fremdsprachige Kompetenz, Rechentechniken) der jugendlichen Lehrstellenbewerber sowie
- systematische organisatorische und beratende Unterstützung von KMUs bei Aufbau und Durchführung sektoraler und/oder regionaler Ausbildungsverbände.

Eine möglichst zügige und praxisgerechte Umsetzung dieser Vorschläge dürfte sicherlich mehr zur Revitalisierung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen in dieser Frage beitragen,<sup>19</sup> als es die zahlreichen alljährlichen Appelle und Drohungen von Politik und Verbänden vermögen.<sup>20</sup>

### **Literaturhinweise**

Bellmann, L./Lahner, M. (1999): Ausbildungspotenziale in deutschen Betrieben, in: Arbeit und Beruf, Nr.8, S.229-231.

Bellmann, L./Neubäumer, R. (1999): Ausbildungsintensität und Ausbildungsbeteiligung von Betrieben – theoretische Erklärungen und empirische Ergebnisse auf der Basis des IAB-Betriebspanels, in: Neubäumer, R. (Hrsg.), Betriebliche Bildungs- und Sozialpolitik, München und Mehring.

Klös, H.P. (2003): Wachstumsschwäche drückt Angebot an Ausbildungsstellen. Die IW-Frühjahrsbefragung zu Ausbildung und Beschäftigung 2003, in: Reihe IW-Statements; Quelle: <http://www.iwkoeln.de/default.aspx?p=content&i=16771>.

---

<sup>19</sup> Zur Zeit erscheint es nur 28,6% der ausbildenden Unternehmen „sehr wichtig“, 44,9% immerhin „eher wichtig“ zu sein, aus „gesellschaftlicher Verantwortung“ heraus, auszubilden. Vgl. Klös, H.P. (2003).

## Anhang: Zur Datenbasis – das IAB-Betriebspanel

Mit dem IAB-Betriebspanel existiert seit 1993 für West- und seit 1996 für Ostdeutschland ein Paneldatensatz, der auf der Grundlage von im Jahr 2002 rund 15.500 Betriebsbefragungen eine umfassende und fundierte Analyse verschiedenster Aspekte des Arbeitsnachfrageverhaltens auf der Ebene einzelner Betriebe erlaubt. Seit dem Jahr 2000 wurde die Zahl der von Infratest zum Thema „Beschäftigungstrends“ befragten Betriebe in Baden-Württemberg aus Mitteln des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums auf über 1.200 Betriebe so aufgestockt, dass nun auch repräsentative landesspezifische Strukturanalysen des Arbeitsmarktgeschehens möglich sind.

Grundgesamtheit des IAB-Betriebspanels sind sämtliche Betriebe, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Während andere betriebsbezogene Datengrundlagen sich häufig auf ausgewählte Branchen (z.B. den industriellen Sektor) oder aber Betriebe einer bestimmten Größe beschränken müssen, ist das IAB-Betriebspanel wesentlich breiter angelegt und ermöglicht mit nur geringen Ausnahmen Aussagen über die Gesamtheit aller Betriebe. Die geschichtete Stichprobe basiert auf der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit. Da es sich dabei um eine vollständige Datei sämtlicher Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten handelt, stellt sie die beste Grundlage für die Stichprobenziehung von Betriebsbefragungen dar. Lediglich Betriebe ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie private Haushalte mit weniger als 5 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden im IAB-Betriebspanel nicht erfasst.

---

<sup>20</sup> „Appelle von Politik und Verbänden“ halten in diesem Kontext nur 15,8% der ausbildenden Betriebe für „sehr wichtig“, weitere 17,7% für „eher wichtig“. Vgl. Klös, H.P. (2003).